

1. Mai-Show: Solidarisch, digital, bunt

DGB und Gewerkschaften haben wegen der Corona-Krise alle Kundgebungen und Demos am 1. Mai abgesagt. Stattdessen lädt der DGB-Bundesvorstand zu einer dreistündigen 1. Mai-Show im Internet ein. Los geht's am Tag der Arbeit um 11 Uhr auf www.dgb.de. Mit dabei sind GewerkschafterInnen und KünstlerInnen aus Film, Fernsehen und Musik.



Alle GewerkschafterInnen sind am 1. Mai 2020 aufgerufen, sich am „virtuellen Chor“ zu beteiligen. Gemeinsam sollen sie den Kult-Song „You'll never walk alone“ singen und sich dabei selbst filmen. Diese Videos werden in einer großen Collage zusammengefasst und im Rahmen der 1. Mai-Show im Internet veröffentlicht.

Das DGB-Motto für den 1. Mai 2020 könnte treffender nicht sein, auch wenn es bereits vor einigen Monaten geplant wurde, lange bevor das Coronavirus sich ausgebreitet hat: „Solidarisch ist man nicht alleine!“ In der aktuellen Krise gilt dies umso mehr. Solidarität heißt in diesem Jahr „mit Anstand Abstand halten“, wie der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann betont. Zum ersten Mal seit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 wird es 2020 deshalb keine Demos und Kundgebungen auf Straßen und Plätzen zum Tag der Arbeit geben.

Trotzdem oder gerade deswegen wird der 1. Mai 2020 gefeiert – digital, in den sozialen Netzwerken und unter www.dgb.de. Die zentrale Kundgebung ist in diesem Jahr eine dreistündige Live-Show, die auf der DGB-Webseite sowie Youtube und Facebook übertragen wird. Mit Live-Performances von KünstlerInnen, Talks, Interviews, Einspielern und Solidaritätsbotschaften aus

ganz Deutschland. Gesendet wird aus dem Gebäude des DGB-Bundesvorstands in Berlin. Die Gewerkschaften werden zeigen, dass sie auch im Netz mobilisieren können, zum Beispiel auf einer Social Media-Wall – einer riesigen, bunten Online-Übersicht, auf der alle Tweets und Meldungen, die mit dem Hashtag *#SolidarischNichtAlleine* veröffentlicht werden, zusammenlaufen.

Außerdem sind alle GewerkschafterInnen aufgerufen, sich am „virtuellen Chor“ zu beteiligen. Dafür müssen sie sich den Kultsong „You'll never walk alone“ im Internet (www.dgb.de/-/x8y) mit Kopfhörer anhören. Zeitgleich sollen sie den Song möglichst kraftvoll mitsingen und sich dabei filmen. Dieses Mitsing-Video senden die NutzerInnen dann an solidarisch@dgb.de. Die Einsendungen werden dann zu einem großen Chor zusammengefügt und während der 1. Mai-Show veröffentlicht.

Mehr zur DGB-Sendung gibt es auf Seite 2.

1. Mai-Livestream

Der DGB lädt am 1. Mai 2020 zu einer großen 1. Mai-Show im Internet ein. Wir zeigen, welche KünstlerInnen dabei sind.

SEITE 2

Der Staat als Vorbild

DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell berichtet im *einblick*-Interview über die Gier der Arbeitgeber in der Corona-Krise und wie der Staat die Tarifbindung fördern sollte.

SEITE 3

„Solidarität funktioniert“

Ab Mai ist Anja Piel neues Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Im *einblick* erklärt sie, was wir aus der Corona-Krise lernen können.

SEITE 5



Das 1. Mai-Plakat 2020 des DGB



EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der *einblick*-Internetseite: www.dgb.de/einblick





DGB

SOLIDARISCH 1. MAI 2020
IST MAN NICHT ALLEINE!

LIVESTREAM ZUM TAG DER ARBEIT
www.dgb.de/erstermai

Wir bringen am 1. Mai den Tag der Arbeit ins Netz.
Gemeinsam demonstrieren wir digital für
Solidarität und soziale Gerechtigkeit:

- mit MIA, Heinz Rudolf Kunze,
Jocelyn B. Smith, Konstantin Wecker,
Sarah Lesch und Thorsten Stelzner
- im Talk mit Tessa Högele und
Friederike Kempter
- mit Solidaritätsbotschaften aus
ganz Deutschland



1. MAI 2020 – 11 UHR
#SolidarischNichtAlleine

„Die öffentliche Hand bringt uns durch die Krise“

DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell berichtet im *einblick*-Interview über die Gier der Arbeitgeber in der Corona-Krise, seine Erfahrungen im Home Office und warum Hessen einst die Apotheke der Welt war und was die Politik nun daraus lernen kann.



STEFAN KÖRZELL,

57, ist seit 2014 Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Zuvor war er 12 Jahre Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Eine ausführliche Version des Interviews gibt es unter: www.dgb.de/-/WXX

Das Coronavirus bestimmt alle Lebensbereiche. Wie sah dein Alltag in den vergangenen Wochen aus?

Ich habe im Home Office gearbeitet. In der aktuellen Situation ist das in Ordnung. Auf Dauer fehlen mir allerdings die direkten Kontakte zu den Kolleginnen und Kollegen. Die Gespräche mit ihnen, Besuche in den Betrieben und Diskussionen über die Situation, sind für meine Arbeit in Berlin zudem von großer Bedeutung. Ich hoffe sehr, dass das bald wieder möglich ist – ohne natürlich, dass dadurch jemand gefährdet wird.

Erleben wir in der Krise einen Imagegewinn für die öffentliche Infrastruktur?

Die öffentliche Hand bringt das Land durch die Krise. Beispielhaft genannt sei die Bundesagentur für Arbeit, wo aktuell rund 8000 Beschäftigte – zehnmals mehr als sonst – für die Bewilligung des Kurzarbeitergeldes tätig sind. Wir haben in den zurückliegenden Jahren erlebt, wie in der öffentlichen Verwaltung oder im Gesundheitswesen der Rotstift geherrscht hat. Es gab etliche Studien, die angeblich belegen sollten, dass wir zu viele Krankenhäuser haben. Der Wert einer flächendeckenden Versorgung zeigt sich gerade mal wieder.

Was hat Priorität, wenn die Maßnahmen gelockert werden?

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten steht klar im Vordergrund, wenn die Wirtschaft wieder anfährt – nicht der Gewinn von Unternehmen. Wir brauchen dann gezielte Kontrollen, um die Einhaltung zu überwachen. Der Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung, maßgeblich bedingt durch die Kürzungspolitik der vergangenen Jahre, wird hier allerdings zu Buche schlagen. Beim Zoll, den Gesundheitsämtern oder den Gewerbeaufsichtsämtern fehlt auch ohne Corona Personal. Es ist höchste Zeit, endlich nachzusteuern.

Der Mindestlohn hat seine Aufgabe erfüllt und ist eine Anstandsgrenze nach unten.

In der Leiharbeitsbranche weigern sich die Arbeitgeber, das Kurzarbeitergeld (KuG) aufzustocken. Was ist der Grund?

Die Leiharbeitsbranche ist tarifgebunden. Es be-

steht also die Möglichkeit, eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und uns über die Aufstockung des KuG zu treffen. Das verweigern sie. Wir Gewerkschaften haben mit dafür gesorgt, dass die Branche rückwirkend zum 1. März unter die aktuellen Regeln der Kurzarbeit fällt. Durch die Weigerung der Arbeitgeber, das Kurzarbeitergeld aufzustocken, werden viele Beschäftigte der Branche schnell gezwungen sein, einen Antrag auf Grundsicherung zu stellen. Diesen Gang sollten sie den Arbeitnehmern ersparen.

Medizinische Schutzbekleidung fehlt milliardenfach, auch bei Medikamenten sind wir auf China angewiesen. Ist es Zeit, die Produktion wieder hier anzusiedeln?

Ich will dazu ein Beispiel aus meiner Zeit in Hessen anführen. Da hieß es mal, Hessen ist die Apotheke der Welt. Gemeint war nicht nur der Hoechst-Konzern, der in Frankfurt geforscht und produziert hat. Heute trifft für Deutschland eher zu, dass wir ein Wartezimmer bei der Versorgung mit Medikamenten sind. Große Teile der Produktion sind ins Ausland verlagert worden. Es geht uns nicht um eine Renationalisierungs-Debatte. Wertschöpfungsketten dürfen da aber nicht einfach reißen. Wir müssen deshalb darüber nachdenken, nicht nur diese Produkte wieder in Deutschland und Europa zu produzieren.

Du bist Mitglied der Mindestlohn-Kommission. Wie sieht der Fahrplan für 2020 aus?

Aktuell arbeiten wir am Mindestlohn-Bericht, der im Juni erscheinen soll. Dann wird die Kommission auch einen Vorschlag an die Bundesregierung machen, wie der Mindestlohn zum 1.1.2021 erhöht werden soll. Der zentrale Befund ist: Der gesetzliche Mindestlohn hat sich nicht negativ auf Beschäftigung, Branchen und Region ausgewirkt. Im Gegenteil, er hat seinen Aufgabe erfüllt und ist eine Anstandsgrenze nach unten. Nun geht es um die weitere Entwicklung. Der DGB fordert eine Entwicklung bis zu 12 Euro. Langfristig muss er armutsfest sein.

Was steckt hinter der Debatte um Europäische Mindestlöhne?

Hier geht es nicht um einen einheitlichen Mindestlohn für ganz Europa, sondern um armutsfeste Löhne, die 60 Prozent des jeweiligen nationalen Median-Einkommens betragen. In Deutschland wären das 2020 eben 12 Euro. In allen Ländern Europas würden Wirtschaft und Beschäftigte massiv davon profitieren. Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen wollte dieses Thema schnell angehen. Wir setzen darauf.

Die Krise macht deutlich, dass wir mehr Tarifverträge brauchen.

Ganz sicher. Überall dort, wo es Tarifverträge und Mitbestimmung gibt, sind die Arbeitsbedingungen besser. Die sinkende Tarifbindung muss gestoppt werden. Dabei soll der Staat mit gutem Beispiel voran gehen und öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben. Hier geht es

Der Staat sollte mit gutem Beispiel voran gehen und öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben.

immerhin um ein Auftragsvolumen von 450 bis 500 Milliarden Euro, 15 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Dafür brauchen wir ein Bundesvergabegesetz und endlich ein Landesvergabegesetz in Bayern. In allen anderen Ländern gibt es nun Regelungen bzw. sie werden auf den Weg gebracht, wie gerade in Sachsen.

Erstmals seit 1949 wird es keine 1. Mai-Kundgebungen geben. Stattdessen ist eine 1. Mai-Show im Internet geplant. Wie sind deine Erwartungen?

Auch für unsere Veranstaltungen gilt, Gesundheit geht vor. Daher der digitale 1. Mai. Ich bin sehr gespannt darauf. Ich kann aber auch nicht verhehlen, dass mir der 1. Mai in der gewohnten Form fehlen wird. Er ist ein Tag der persönlichen Begegnungen. Es geht darum, gewerkschaftspolitische Forderungen öffentlich zu artikulieren, miteinander über Probleme aber auch über positive Entwicklungen in der Arbeitswelt zu diskutieren. Wir werden digital sein, aber nicht minder engagiert.

KURZARBEITERGELD AUF 80 PROZENT ANHEBEN

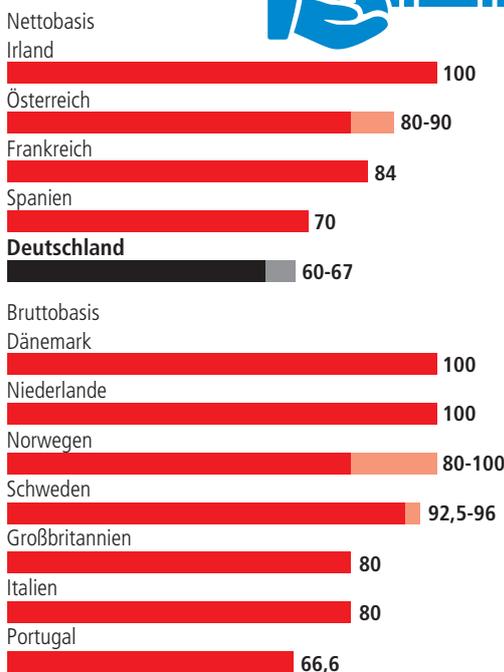
Mitte April haben mehr als 725 000 Betriebe wegen der Corona-Pandemie Kurzarbeit bei der Bundesagentur für Arbeit angemeldet. Die BA hat 8000 MitarbeiterInnen im Einsatz, um die Anfragen zu bearbeiten. Das sind fast zehnmal so viele, wie im regulären Betrieb. Während der Personalaufwand der Bundesagentur angepasst wurde, gibt es Kritik an der Höhe des Kurzarbeitergeldes in Deutschland. ArbeitnehmerInnen stehen nur 60 Prozent bzw. 67 Prozent (mit Kind) des vormaligen Nettogehalts zu.

Der DGB fordert, das Kurzarbeitergeld auf 80 Prozent anzuheben. Bei den wenigsten Familien reiche das jetzige Kurzarbeitergeld zum Leben und für die Miete. Wer als alleinstehender Beschäftigter vor der Krise nicht mindestens 2750 Euro brutto pro Monat verdient hat, hat bei Kurzarbeit null – also einem Arbeitsausfall von 100 Prozent – einen Anspruch auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen. Im internationalen Vergleich ist Deutschland mit einem KuG-Anspruch von 60 bis 67 Prozent Schlusslicht, wie eine Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zeigt.

Besser stehen deutsche Beschäftigte in der Industrie aber auch in einigen anderen Branchen und Konzernen da. Dort gibt es Tarifverträge, die das KuG aufstocken. Zahlen der HBS zeigen, dass vor allem Beschäftigte in der Filmbranche (100 Prozent), im öffentlichen Dienst der Kommunen (90 bis 95 Prozent), im Metallhandwerk/-bau Baden-Württemberg (86,5 bis 90 Prozent), in der Metall- und Elektroindustrie (80,5 bis 97 Prozent) oder der chemischen Industrie (90 Prozent) von einer Aufstockung durch Tarifverträge profitieren. Auch in einzelnen Unternehmen gibt es Regelungen, die den Verdienstaufschlag kompensieren. Doch diese tarifvertraglichen Regeln gelten nur für eine Minderheit der Tarifbeschäftigten. www.dgb.de/-/xvj

Schlusslicht Deutschland

Kurzarbeitergeld auf Basis des vormaligen Netto- oder Bruttogehalts in ausgewählten europäischen Ländern (in Prozent)



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2020

© DGB-einblick 05/2020 / CC BY 4.0

ArbeitnehmerInnen in Deutschland müssen im europäischen Vergleich mit wenig Kurzarbeitergeld auskommen. In vielen anderen Ländern gibt es deutlich mehr.



TELEGRAMM

Der DGB fordert einen **Notlagenfonds für Studierende**. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack appelliert an die Politik, schnelle und unbürokratische Hilfe für alle in Not geratenen Studierenden zu ermöglichen. Denn auf BAföG haben längst nicht alle Studierenden Anspruch – und viele „Studierenden-Jobs“ liegen aufgrund der Corona-Krise brach. Deswegen müsse auch „der Abschluss weiter Teile der Studierenden vom BAföG in der Krise aufgehoben und die Förderung in einen Vollzuschuss umgewandelt werden“, so Hannack. www.dgb.de/-/xTo

Die große Mehrheit der Gesellschaft nimmt Rücksicht und ist solidarisch. Doch es gibt auch Betrüger und Kriminelle, die in der Corona-Krise Profit machen wollen. Auf einem Onlineportal des **Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)** können BürgerInnen Betrugsversuche (Spam-Mails), übertriebene Produkte (etwa Schutzmasken) oder auch eine zu langsame Internetverbindung im Home Office melden. Auf der Webseite gibt es die Möglichkeit, Dateien und andere Beweismittel hochzuladen. Die VerbraucherschützerInnen wollen diese Fälle thematisieren und wenn nötig juristisch verfolgen. www.marktwachter.de



DGB KRITISIERT ARBEITSZEIT-VERORDNUNG

Die Bundesregierung hat im Zuge der Corona-Krise die Arbeitszeitregelungen für bestimmte Branchen erlassen. Eine entsprechende Verordnung ist seit April in Kraft und gilt bis zum 30. Juni 2020. Sie ermöglicht für bestimmte Tätigkeiten – wenn konkrete Voraussetzungen erfüllt sind – Ausnahmen von den geltenden Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes. Unter anderem geht es hier um die Höchstarbeitszeiten, Mindestruhezeiten sowie das Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen.

Der DGB kritisiert die Regelungen: „Änderungen am Arbeitszeitgesetz sind nicht mit der Corona-Pandemie zu rechtfertigen“, sagt DGB-Chef Reiner Hoffmann. „Bereits heute arbeiten viele Menschen am Limit, sei es in der Pflege, im Gesundheitswesen, im Lebensmitteleinzelhandel, den Rettungsdiensten, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln oder der Polizei“, betonte er. Ihre Gesundheit gelte es zu schützen.

In einem ausführlichen Online-Beitrag gibt der DGB eine Orientierung, welche Rechte Arbeitgeber nun haben und welche nicht. So steht fest: Die Verordnung verschafft den Arbeitgebern keine neuen Befugnisse, die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten einseitig zu verändern. www.dgb.de/-/xUu



MITBESTIMMTE UNTERNEHMEN SIND ERFOLGREICHER

Unternehmen, bei denen die Mitbestimmung durch Arbeitnehmer stärker verankert ist, verfolgen häufiger eine meist innovations- und forschungsorientierte Strategie als Firmen mit schwacher oder ohne Mitbestimmung. Das zeigt eine Studie der Universität Duisburg-Essen und des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung. Die ForscherInnen haben Daten von 172 Unternehmen ausgewertet, die zwischen 2006 und 2017 durchgehend im deutschen Börsenindex Composite DAX (CDAX) gelistet waren.

Das Fazit der WissenschaftlerInnen: „Das Ringen um adäquate Unternehmensstrategien ist mit Mitbestimmung wirtschaftlich erfolgversprechend. Daher gehören Diskussionen über strategische Themen, die Antworten auf die großen Herausforderungen der heutigen Zeit geben sollen, in den mitbestimmten Aufsichtsrat.“ Über alle strategischen Ausrichtungen hinweg schneiden Unternehmen mit mehr Mitbestimmung bei wichtigen wirtschaftlichen Kennziffern meist überdurchschnittlich ab: Ihre Gesamtkapitalrentabilität ist im Durchschnitt um rund 65 Prozent höher als bei Unternehmen mit schwacher oder ohne Mitbestimmung. www.boeckler.de

„Solidarität funktioniert“

Anja Piel startet im Mai im DGB-Vorstand. Im *einblick*-Interview erklärt sie, was wir aktuell aus der Corona-Krise lernen können, was sich danach ändern muss und was sie in den kommenden zwei Jahren erreichen will.



ANJA PIEL,

54, ist ab Mai 2020 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. Davor war sie Mitglied des Niedersächsischen Landtags und Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir sind mitten in der Corona-Pandemie. Wie sieht dein Alltag aus?

Er hat sich genauso verändert wie bei allen anderen Leuten auch. Die sozialen Kontakte sind deutlich weniger. Solidarität und Zusammenhalt drücken wir alle im Moment am besten dadurch aus, dass wir auf Abstand zueinander bleiben. Das ist für mich, glaube ich, genauso ungewohnt wie für alle anderen Menschen auch. Aber: Schwächere zu schützen ist unser aller Ziel.

Gerade nach der Krise wird für uns wichtig sein, dass keine Kollegin und kein Kollege abstürzt und in existenzielle Nöte kommt.

Was lernen wir aus der aktuellen Situation?

Viel erreichen, das ist tatsächlich auch in Krisen möglich. Was mich besonders beeindruckt ist die breite Solidarität. Es gibt so viele Beispiele. Toll finde ich, dass viele junge Leute, auch meine Kinder, Zettel in den Hausflur kleben und den Risikogruppen signalisieren: wenn ihr irgendetwas braucht, meldet euch. Solidarität funktioniert!

Irgendwann haben wir die aktuelle Krise überstanden. Was sollte sich dann ändern?

Das Klatschen auf den Balkonen und der Respekt, der gezeigt wird, müssen nach der Krise tatsächlich Konsequenzen zeigen. Wenn auf dem Lohnzettel der systemrelevanten Berufe dauerhaft mehr steht – dann war der Applaus ernst gemeint. In dieser Krise wird deutlich, dass im Gesundheitssystem Profitorientierung nicht in den Mittelpunkt gehört. Wenn das eine der Lehren ist, die wir als DGB nach der Krise transportieren, wäre das die maximale Solidarität mit den Beschäftigten in der Pflege und im Gesundheitswesen. Denn genau dort sind Löhne nicht armutsfest. Den Fachkräftemangel in diesem Feld haben wir als Gesellschaft selbst produziert. Es sind übrigens die Berufe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, die so schlecht bezahlt werden. Eine Lehre aus der Krise sollte auch sein, einen Blick auf den gender pay gap zu richten. Das wäre für mich frauenpolitisch ein unerlässlicher Schritt für mehr Gleichberechtigung und mehr Gleichstellung.

Du startest im Mai im DGB-Vorstand. Was ist die Herausforderung für dich?

Die aktuelle Krise birgt das große Risiko, dass der Arbeitsmarkt am Ende anders aussieht und es unter Umständen auch zu Härten kommen kann. Mir ist wichtig, dass wir die Eindämmung der prekären Beschäftigung wieder verstärkt auf die Agenda nehmen. Bis zur Krise war das Thema Transformation bereits zentral. Die Krise könnte die Transformation nun beschleunigen. Aber das ist kein Selbstläufer. Da kommen dem DGB und den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu, dieses zu lenken. Gerade nach der Krise wird für uns wichtig sein, dass keine Kollegin und kein Kollege abstürzt und in existenzielle Nöte kommt. Wir sind diejenigen, die durchsetzen müssen, dass Weiterbildung und Weiterqualifikation im Mittelpunkt der Transformation bleiben.

Was willst du erreichen?

Die Kolleginnen und Kollegen in den Pflegeberufen und in der Gesundheit sollen tatsächlich die gesellschaftliche Anerkennung bekommen, die ihnen zusteht. Das ist für mich ein wichtiges Ziel.

Meine Vorgängerin Annelie Buntenbach leistet gerade in der aktuell schwierigen Situation eine unglaublich wertvolle Arbeit, so dass es auch eine Fortsetzung und ein Aufnehmen ihrer Arbeit sein wird. Die Rente ist ein wichtiges Thema: Die Debatte muss weiter geführt werden!

Wir müssen mit Blick auf die aktuelle Lage schauen, dass Maßnahmen, die jetzt in der Krise mitgetragen werden und die danach nicht mehr gelten dürfen, auch enden. Ich denke ganz speziell an die Arbeitszeitverordnung aber auch an viele andere Ausnahmen, die jetzt im Moment gelten, auch solche, die die Demokratie einschränken.

Welche Rolle haben Gewerkschaften heute?

In der Krise merkt man ganz stark, wie wichtig die Arbeit der Gewerkschaften für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für die Demokratie ist. Ein gelungenes Krisenmanagement der Bundesregierung funktioniert nur, wenn wir als Gewerkschaften einbezogen werden.

Für mich ist auch ein wichtiger Punkt: Dass die Rechten in Deutschland keinen großen Raum bekommen, hat damit zu tun, dass Politik und Gesellschaft den Raum begrenzen – in Verschränkung mit den Gewerkschaften. Zum Demokratieerhalt und dass Demokratie immer wieder erkämpft wird, tragen die Gewerkschaften und Beteiligungsrechte in den Unternehmen unglaublich viel bei.

Du bist früh in eine Gewerkschaft eingetreten. War das der Grund?

Ich bin mit Beginn meiner kaufmännischen Ausbildung in die Gewerkschaft eingetreten. Das war für mich alternativlos. Ich bin wirklich großer Demokratiefan und ich finde, dass Betriebe mit starkem Betriebsrat die besseren Arbeitsplätze bieten. Schon bevor die Betriebsrätin damals auf mich zukam war mir klar, dass ich das machen würde. Da hat es übrigens auch in unserer Familie keinen Zweifel darüber gegeben. Mein Vater war damals Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschafter bei der IG Metall.

In der Krise merkt man ganz stark, wie wichtig die Arbeit der Gewerkschaften für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für die Demokratie ist.

Du bist auch Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Wie passt das zusammen mit Gewerkschaft? Wie stehen die Grünen zu Gewerkschaftsthemen?

Für mich hat es in Niedersachsen immer eine enge Zusammenarbeit der Grünen mit der Gewerkschaft gegeben. Die Grünen haben ja immer die ökologische Transformation im Blick gehabt. Ich finde, sie haben sich gut auf den Weg gemacht, auch soziale Themen mitzudenken. Wir wissen jetzt, dass ökologische Transformation mit arbeitsmarktpolitischen und sozialen Fragen verschränkt werden muss, weil sie sonst einfach nicht funktioniert. Ich bin guter Hoffnung, dass die Grünen in diesem Prozess noch weiter vorangehen.

DGB-ZUKUNFTSDIALOG: PLATTFORM FÜR DEBATTEN ZUR CORONA-KRISE



Mehr Geld und Anerkennung für systemrelevante Berufe



Das Corona-Virus stellt unsere Welt auf den Kopf. Der DGB fragt beim Zukunftsdialog, wie die Menschen in Deutschland diese Entwicklungen sehen und was wir aus der Corona-Krise lernen können. Die Krise bereitet vielen Beteiligten große Sorgen – beispielsweise um ihren Arbeitsplatz und ihre finanzielle Sicherheit. Kurzarbeit ist dabei ein Thema: „Als Alleinstehender ohne Kinder erwarten mich ca. 900 Euro im Monat ... (60 Prozent). Jeden Monat fehlen somit 600 Euro, schwere Zeiten“, verdeutlicht ein Beitrag das Problem.

Aber es eröffnen sich auch neue Gestaltungsspielräume: Mehr Geld und Anerkennung für Berufe in der Pflege oder im Einzelhandel werden gefordert. Ein Beitrag betont: „Danke an all die Verkäufer*innen, Lagerarbeiter*innen, Krankenpfleger*innen, Kraftfahrer*innen, Lehrer*innen, Kindergärtner*innen, Bäcker*innen, ... zusammengefasst: Arbeiter*innen! Wer systemrelevant ist, sollte auch genauso bezahlt werden – wertschätzend und angemessen!“ Mehr Homeoffice wird von vielen positiv bewertet. Aber eine Mutter zeigt in ihrem Beitrag auf, wie sie im Homeoffice mit gleichzeitiger Kinderbetreuung über ihre Grenzen gehen muss: „Wie soll ich das schaffen, wenn ich nebenbei arbeiten soll? Ich gehe auf dem Zahnfleisch. Ich zerreiße mich zwischen Job, Kinderbetreuung und Haushalt.“

Im Zukunftsdialog gibt der DGB weiterhin Raum, um über die aktuelle Lage zu diskutieren. Die Leitfragen sind: Was brauchen wir jetzt und nach der Krise für gute Arbeit und gutes Leben? Und was gehört zum zurzeit viel beschworenen Begriff „Solidarität“? Mitreden bei: www.redenwirueber.de

Im Zukunftsdialog gibt der DGB weiterhin Raum, um über die aktuelle Lage zu diskutieren. Die Leitfragen sind: Was brauchen wir jetzt und nach der Krise für gute Arbeit und gutes Leben? Und was gehört zum zurzeit viel beschworenen Begriff „Solidarität“?

Mitreden bei: www.redenwirueber.de

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ JETZT AUSBAUEN

„Vorfahrt für den Arbeitsschutz der Beschäftigten“, fordert ver.di. Aktuell müsse dieser ausgebaut und Kontrollen verstärkt werden. In den kommenden Wochen sollen immer mehr ArbeitnehmerInnen wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Damit dies gelingt müssen Infektionsschutz und Hygienemaßnahmen überall und ganz besonders in Arbeitsbereichen mit Kontakten zentral sein. Das Bundesarbeitsministerium hat dazu verbindliche Arbeitsschutzstandards Sars-Cov-2 erlassen. Große Lücken gibt es allerdings laut ver.di bei den Gefährdungsbeurteilungen und bei der

Kontrolle: Bei einer Befragung 2015 gaben nur 53,9 Prozent der Betriebe an, eine Gefährdungsbeurteilung zu haben. Eine staatliche Arbeitsschutzkontrolle erfolgt in Betrieben durchschnittlich nur noch alle 22,5 Jahre, zeigte eine Erhebung 2017. www.verdi.de

Der DGB hat erarbeitet, was Arbeitgeber und Betriebsräte jetzt machen können, um die Arbeitsfähigkeit ihres Betriebes zu sichern. Die wichtigsten Maßnahmen sowie gute Beispiele werden im aktuellen DGB-Positionspapier zu Arbeits- und Gesundheitsschutz vorgestellt: <https://www.dgb.de/-/WLD>

NACHHALTIGE ÖFFNUNG BESSER ALS ZU SCHNELL

Eine Lockerung der Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sollte auf keinen Fall übereilt erfolgen, zeigt eine neue Kurzstudie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung auf. Sonst besteht die Gefahr, dass es zu einer erneuten Steigerung der Corona-Infektionen kommt. Dann müssten die Kontaktbeschränkungen erneut verschärft werden und es kommt zu längeren – und damit ökonomisch kostspieligeren – Einschränkungen.

Die Kosten der Beschränkungen steigen laut IMK zwar mit einer Dauer über Anfang Mai hinaus überproportional. Es wächst dann die Gefahr, dass es zu Unternehmenspleiten und in der Folge zu steigender Arbeitslosigkeit komme. Jeder Monat mit den aktuellen Einschränkungen kostet etwa einen Prozentpunkt Wachstum – zusätzlich zu den vier Prozent Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), mit denen das IMK für 2020 jetzt schon rechnet. Aber das Risiko eines Stop-and-Gos mit erneuten flächendeckenden Schließungen muss verhindert werden.

www.imk-boeckler.de



Ticker

Hilfe für Solo-Selbstständige



In Deutschland gibt es etwa 2,2 Millionen Solo-Selbstständige. „Hier herrscht echte Not“, betont ver.di-Chef Frank Werneke, denn sie haben bisher keinen Anspruch auf die Soforthilfen des Bundes. Um ihre erheblichen Corona-bedingten Einkommenseinbrüche aufzufangen, sollte es einen pauschalen Soforthilfebetrag von den Bundesländern geben.

www.verdi.de

Schutzschirm für Ausbildungsplätze



Der DGB hat Vorschläge für einen „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“ in der Corona-Krise vorgelegt. Jetzt müssen bestehende Ausbildungsverträge abgesichert werden. Für das kommende Ausbildungsjahr sollen Ausbildungschancen und damit Nachwuchs an Fachkräften garantiert sein. www.dgb.de

Schulöffnungen sicher gestalten



Die GEW hat zusammen mit dem Bundeselterrat und dem Verband Bildung und Erziehung auf die Herausforderungen bei der Öffnung von Schulen hingewiesen: Der Gesundheitsschutz müsse gesichert sein und Kinder in Notlagen besondere Unterstützung bekommen. www.gew.de

Existenzielle Nöte im Gastgewerbe



Betriebsräte schrieben in einem offenen Brief an die Regierungskoalition: „Wir, Betriebsräte aus dem Gastgewerbe, die hautnah die Situation der Branche und die Belastung für die Beschäftigten erleben, fordern einen Rettungsschirm für die Branche, der auch die Beschäftigten schützt und vor Armut bewahrt. (...)“

Die Rente nie wieder in den Keller sperren!

Ende März hat die Rentenkommission der Bundesregierung nach knapp zwei Jahren Arbeit ihren Bericht abgeschlossen und der Regierung übergeben – mitten in der Corona-Krise. Deren akute Herausforderungen ließen nur wenig Raum für eine Diskussion über die Ergebnisse der Kommission und – die entscheidendere Frage – die langfristige Zukunft der Alterssicherung, meint die Rentenexpertin Annelie Buntenbach.



ANNELIE BUNTENBACH,
65, ist bis Mai 2020 Mitglied im
Geschäftsführenden Bundesvor-
stand des DGB.

Diese Diskussion und die entsprechenden politischen Entscheidungen dulden zwar einen Aufschub, keine Frage – aber ausfallen dürfen sie nicht. Gerade in der akuten Krisensituation zeigt sich, wie entscheidend die sozialen Sicherungssysteme für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Es sind die Sozialversicherungen, als erstes die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung, aber auch die Rentenversicherung, die jetzt zwischen den Menschen und ihrer Existenzangst stehen. Sie bieten Schutz, den wir unbedingt erhalten müssen – und da, wo in den vergangenen Jahren Lücken gerissen worden sind, müssen sie wieder geschlossen werden, um den Menschen Sicherheit zu geben. Die Lehre aus der Krise lautet: Solidarische Sicherungssysteme auszubauen ist das Gebot der Stunde. Und dies durchzusetzen, auch und gerade in der bereits begonnenen heftigen Verteilungsauseinandersetzung darüber, wer die Kosten der Krise tragen soll.

Die aktuellen Bewegungen und Einbrüche an der Börse zeigen wie schon die Finanzmarktkrise 2008/2009, dass private Versicherungen mit

ihren Kapitalmarktrisiken langfristig nicht auch nur annähernd so viel Sicherheit und Flexibilität bieten wie die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung. Außerdem: An den privaten Versicherungen müssen sich die Arbeitgeber nicht finanziell beteiligen.

Deshalb setzen sich die Gewerkschaften schon lange mit Nachdruck für eine starke gesetzliche Rente ein, und das durchaus erfolgreich.



Die Lehre aus der Krise lautet: Solidarische Sicherungssysteme auszubauen ist das Gebot der Stunde.

Dass es nach langen Jahren der Rentenkürzungen überhaupt wieder um bessere Leistungen bei der Rente geht und sich der Tunnelblick nicht mehr ausschließlich starr auf die Beitragsseite richtet, ist unser Verdienst. Es ist uns gelungen, das Thema 2017 für die Bundestagswahl auf die politische Tagesordnung zu setzen und so Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und eine Stabilisierung des Rentenniveaus zu erreichen, wenn auch erst einmal nur bis 2025.

Für die Zeit danach hat die Rentenkommission jetzt ihre Empfehlungen abgegeben. Zentral ist dabei eine starke gesetzliche Rente. Für echte Leistungsverbesserungen gab es hingegen zwar Mitstreiterinnen, aber keine Mehrheit. So ist zwar für die Kommission insgesamt klar, dass es eine Haltelinie beim Sicherungsniveau geben soll, aber die Höhe blieb strittig. Hier haben wir Gewerkschaften in einem Sondervotum klar gemacht, dass für uns die 48 Prozent von heute das Mindeste sind. Die Renten weiter abzusenken ist mit uns nicht zu machen, im Gegenteil, sie müssen angehoben werden. Eine betriebliche, vom Arbeitgeber zumindest mitfinanzierte Altersversorgung kann und soll dann ein zusätzliches Plus zu einer guten gesetzlichen Rente sein.

Ich bin froh, dass die Kommission sich – trotz heftiger Kontroversen – dagegen entschieden hat, ein höheres gesetzliches Renteneintrittsalter zu empfehlen. Das wäre eine Riesenungerechtigkeit, denn viele schaffen es schon heute nicht gesund und in Lohn und Brot bis zum 65. oder gar 67. Lebensjahr. „Wir alle werden älter“ stimmt so einfach nicht – die Lebenserwartung steigt besonders

stark bei jenen auf der Sonnenseite des Lebens. Diejenigen, die ein hartes Arbeitsleben haben oder nur wenig verdienen, haben davon kaum etwas, sollen aber die Last tragen. Wegverhandeln ließ sich das Thema Renteneintrittsalter allerdings nicht, zu groß ist das finanzielle Interesse der Wirtschaft an dieser Rentenkürzung. Im Jahr 2026 soll es daher einen Bericht über das ob und wenn ja wie geben, der nicht nur die Demographie, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Lage der Beschäftigten in den Blick nehmen soll.

Wir konnten also in der Kommission einige falsche Weichenstellungen verhindern. Aber bei den Empfehlungen für eine starke gesetzliche Rente lässt der Bericht viele Fragen offen. Da muss weiterentwickelt und konkretisiert werden – dafür sind aber nicht Sitzungen einer Kommission geeignet, deren Zusammensetzung von Anfang an die Grenzen der großen Koalition wiedergespiegelt hat. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion, mit allen gesellschaftlichen Akteuren aus den Gewerkschaften, den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, aus den Parteien, Kirchen, Initiativen. Die Auseinandersetzung um eine gute gesetzliche Rente können wir nicht heute, mitten in der Corona-Krise, führen und gewinnen – aber morgen. Wir bleiben dran!

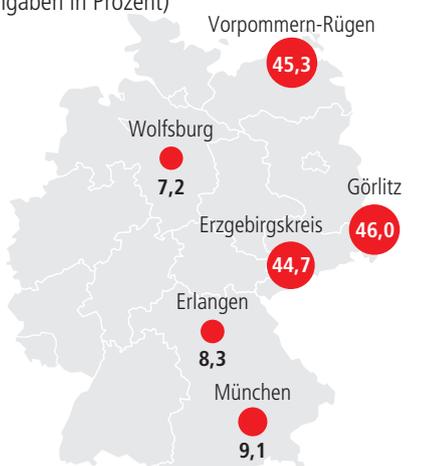
SCHMALE RENTE FÜR NIEDRIGLOHNEMPFÄNGER

Im Jahr 2018 hatten bundesweit von mehr als 21 Millionen Vollzeitbeschäftigten rund 4 Millionen einen Lohn von maximal 2203 Euro brutto; 19,3 Prozent – also einer von fünf – arbeiten damit für einen Niedriglohn. Trotz Vollzeit ergäbe das laut den Berechnungen des DGB nach 45 Jahren Arbeit eine Rente von unter 918 Euro (West) oder unter 1004 Euro (Ost). Die Berechnung bezieht sich auf das heutige Rentenniveau von 48,1 Prozent nach Abzug der Sozialbeiträge. Nach 40 Jahren würde die Rente für diese Gruppe sogar nur weniger als 816 Euro betragen (West) oder unter 892 Euro (Ost).

Für Beschäftigte mit Niedriglohn ist der Lohn jedoch teils noch wesentlich niedriger. Insbesondere Frauen sind deutschlandweit davon betroffen. Dabei gibt es große regionale Unterschiede.

Ungleich verteilt

Orte in Deutschland mit dem höchsten und dem geringsten Anteil an Niedriglohneempfängern (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte, 31.12.2018

© DGB-einblick 05/2020 / CC BY 4.0



„Das Gebiet des Zusammenhalts wächst oder schrumpft mit der Menge des Vorhandenen.“



Dies schrieb der Journalist und Autor Harald Jähler in der *Berliner Zeitung* vom 6.4.2020 über das Phänomen „Hamstern“. Im Amazon Marketplace wurden kürzlich sechs Rollen Toilettenpapier für 24 Euro angeboten.



Das steht an ...

1. Mai

Seit 130 Jahren ist am 1. Mai der Tag der Arbeit. In diesem Jahr haben die Gewerkschaften erstmalig in der Geschichte alle Kundgebungen am 1. Mai abgesagt aufgrund der Corona-Pandemie. Das Motto „Solidarisch ist man nicht alleine!“ bleibt jedoch bestehen und gilt in diesen Zeiten ganz besonders.

3. Mai

Der Internationale Tag der Pressefreiheit macht auf die große Bedeutung der freien Berichterstattung für Demokratien aufmerksam.

8. Mai

Vor 75 Jahren ging am 8. Mai der zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht zu Ende. In Berlin ist dieser Gedenktag 2020 ein Feiertag.

18. Mai

Der Staatsvertrag für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR wurde vor 30 Jahren unterzeichnet.

Wegen Corona und den damit verbundenen Absagen veröffentlichen wir zurzeit keine Veranstaltungstermine.



Personalia

SILVIA GRIGUN,

50, ist ab 1. Mai 2020 neue Leiterin des Referats Handwerkspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Bereits zuvor war sie in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik für die Handwerkspolitik tätig. Grigun arbeitet seit 2000 beim DGB-Bundesvorstand in verschiedenen Funktionen.

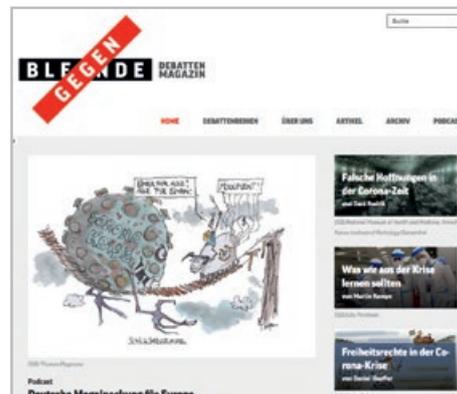


Tipp

DIE DGB-GEGENBLENDE: DER PODCAST

Die Gegenblende ist das DGB-Debattenmagazin. Es stellt Thesen zu Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt zur Diskussion und setzt sich kritisch mit aktuellen Diskursen auseinander. Derzeit sind dort interessante Beiträge rund um die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen zu lesen. Und auch zu hören, denn die Gegenblende hat seit wenigen Wochen Podcasts im Angebot.

Drei unterschiedliche Reihen beleuchten Themen mit Hintergrund: Das regelmäßige Gespräch mit der taz-Wirtschaftskorrespondentin Ulrike Herrmann, die ökonomische Zusammenhänge erläutert und politisch einordnet, die regelmäßige Kolumne von Autorin Renée Zucker, die sich mehr dem Alltäglichen widmet und ein kleiner Kontrapunkt zu all den „ernsten“ Themen der Gegenblende sein soll. Und als drittes werden immer wieder Gespräche mit Publizisten, Gewerkschaftern wie kürzlich erst Reiner Hoffmann sowie Wissenschaftlern zu aktuellen Themen oder interessanten neuen Büchern stattfinden. <https://gegenblende.dgb.de/>



IMPRESSUM Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund **Anschrift** DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion einblick/ Gegenblende, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Telefon: 030/240 60-615 oder 616, E-Mail: einblick@dgb.de **Presserechtlich verantwortlich** Timm Steinborn **Redaktion** Sebastian Henneke, Nina Martin **Redaktionelle Mitarbeit** Luis Ledesma **Layout** zang.design **Infografik** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb** DCM Druck Center Meckenheim GmbH **Abonnements** abo-einblick@dgb.de **E-Mail-Newsletter** www.dgb.de/einblicknewsletter Nachdruck frei für DGB und Mitgliedsgewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Redaktion. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Redaktion und AutorIn.

Redaktionsschluss für dieses Heft war am 22. April 2020, dieser Tag gilt auch für den Stand aller Informationen zum Thema Corona.



TOOLS: JITSİ FÜR VIDEOKONFERENZEN

In der Corona-Krise arbeiten hunderttausende im Home Office. Über Videokonferenztools wird der Job organisiert. Die Auswahl für Konferenzsoftware ist groß. Welche bietet aber den höchsten Schutz der Privatsphäre? Zwar glänzt der Branchenprimus Skype mit gutem Design und stabiler Technik, aber 2011 wurde die Anwendung vom US-Konzern Microsoft aufgekauft. So gibt es für Videokonferenzen da-



tensichere Open Source-Varianten. Für die Übertragung von Videokonferenzen könnten NutzerInnen alternativ auf Jitsi setzen. Seit 2015 kann Jitsi direkt im Browser ohne Softwareinstallation ausgeführt werden, einstweilen für Chrome und Opera sowie für Mozilla Firefox ab der Version 40. Jitsi macht auch Konferenzen mit mehreren TeilnehmerInnen möglich. Die EntwicklerInnen haben darauf geachtet, dass die Anwendung mit geringen Server-Ressourcen auskommt und sparsam mit der Bandbreite ist. <https://jitsi.org>

ÖFFENTLICHER DIENST: TELEGRAM-NEWS ZUR TARIFRUNDE

Zum Start der Tarifrunde 2020 im öffentlichen Dienst bietet ver.di NutzerInnen News über den Instant Messenger Dienst „Telegram“. Wer bereits die Telegram App hat, nutzt dazu die Kontaktsuche in der App und sucht nach „verdiOfficialBot“. Per Klick auf „Start“ wird der Informationsdienst gestartet. KollegInnen, die bislang keinen oder einen anderen Messenger nutzen, können sich die Telegram App kostenfrei im Apple- oder Google-Appstore herunterladen und installieren.

**Digitale Tipps und Trends
für GewerkschafterInnen –
kostenlosen Newsletter
abonnieren**

<https://www.unionize.de/newsletter>

KLARE REGELN FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Selbstlernende Software wird viele Bereiche der Arbeitswelt verändern. Es braucht klare Regeln, wenn künstliche Intelligenz in Betrieben eingesetzt wird – und zwar bevor die Systeme starten. Der DGB hat nun zentrale Leitfragen für den betrieblichen Einsatz und einen 10 Punkte-Plan für die Politik veröffentlicht.

Der internationale Konkurrenzdruck für Unternehmen, auf künstliche Intelligenz zu setzen, nimmt zu. Das gilt in der Industrie, aber auch im Handel oder der Logistik. Viele Unternehmen stehen aber noch am Anfang, KI-basierte Möglichkeiten zu nutzen – auch in Deutschland.

Mehr Transparenz für KI-Systeme

Damit selbstlernende Software im Betrieb akzeptiert wird, geht es vor allem um Transparenz, betont der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann: „Um KI für Gute Arbeit nutzen zu können, müssen KI-Anbieter transparent darlegen, was die Systeme können und im Zweifel auch anrichten können. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die nötige Akzeptanz von KI im Betrieb genauso wie eine KI-gerechte Anpassung der Regeln für betriebliche Aushandlungsprozesse.“ Es brauche deshalb eine Transparenzpflicht für KI-Anbieter und entsprechende Regulierungs- und Prüfverfahren, damit Vertrauen im Betrieb entstehen kann, so Hoffmann.

Zehn-Punkte-Plan für gesetzlichen Rahmen

Der DGB schlägt einen Zehn-Punkte-Plan für die Schaffung eines gesetzlichen Ordnungsrahmens vor. Unter anderem soll ein Zertifizierungsverfahren für KI-Systeme geschaffen und ein Beschäftigtendatenschutzgesetz eingeführt werden. „Die Sorge der Beschäftigten, dass sie für ihren Arbeitgeber praktisch gläsern werden, ist berechtigt. Schließlich schafft KI neue Möglichkeiten, auch aus scheinbar harmlosen und hilfreichen Tools Zukunftsprofile zu erstellen“, so Hoffmann. Vor allem sollen Betriebsräte mehr Mitbestimmungsrechte bei der Einführung und der Nutzung von KI-Systemen bekommen.

Leitfragen für betrieblichen KI-Einsatz

In einem aktuellen Papier hat der DGB konkrete Leitfragen für die Einführung von Künstlicher Intelligenz im Betrieb veröffentlicht. Diese lauten:

- Schritt 1:** Klärung von Zielen und Zielkonflikten
- Schritt 2:** Anforderungen an KI-Anbieter bzw. Entwickler
- Schritt 3:** Prozesstransparenz zur Datennutzung
- Schritt 4:** Abschätzung der Folgen und humane Arbeitsgestaltung im Betrieb
- Schritt 5:** Autonomie und Verantwortung beim betrieblichen Einsatz von KI
- Schritt 6:** Tests und Kontrollen

Zum DGB-Konzeptpapier: www.dgb.de/-/xcH

Hartz IV

KEIN MEHRBEDARF WEGEN CORONA

Zusätzliche Aufwendungen während der Corona-Pandemie sind kein unabweisbarer Bedarf.

Der Fall: Der Mann beantragt höhere Hartz IV-Leistungen für erhöhte Aufwendungen wegen der Corona-Pandemie. Zur Begründung führt er aus, durch das Corona-Virus sei es zu einer bundes-, ja weltweiten Krise gekommen. Durch „Hamsterkäufe“ seien in den Supermärkten nicht selten billige Produkte an Grundnahrungsmitteln wie Reis, Nudeln, Feuchttücher, Fleisch, Konserven, Seife und Toilettenpapier ausverkauft. Viele seien gezwungen, teurere Produkte zu kaufen. Statt einer 500 g-Packung Nudeln für 0,45 Euro habe er zuletzt eine Packung für 2,70 Euro kaufen müssen. Preise wie 2,40 Euro für eine Salatgurke oder 1,00 Euro für eine einzelne Orange seien vor kurzem undenkbar gewesen. Eine von Behörden empfohlenen Notbevorratung von Lebensmitteln und Wasser für mindestens zehn Tage koste daher mehrere hundert Euro. Er beantragt, ihm 500 Euro für Desinfektionsmittel/Hygieneartikel und Grundnahrungsmittel als Zuschuss, hilfsweise als Darlehen zu gewähren. Mit seinem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe rät in der Tat zu einem Notvorrat an Lebensmitteln und Getränken für 14 Tage. Diese Empfehlungen beziehen sich nicht speziell auf die Corona-Pandemie, sondern betreffen Notfälle und Katastrophen verschiedener Art. Es handelt sich dabei um keinen unabweisbaren Bedarf, für den das Jobcenter gesondert Leistungen als Zuschuss bzw. Darlehen zu erbringen hätte. Vielmehr liegt eine solche Bevorratung im Bereich der eigenverantwortlichen Entscheidung des Leistungsberechtigten, wie er die Mittel des Regelbedarfs für Nahrungsmittel und Getränke einsetzt. Etwas Anderes folgt auch nicht aufgrund der Einschränkungen, welche die Corona-Pandemie aktuell für die Bevölkerung mit sich bringt. Eine allgemeine Ausgangssperre ist nicht angeordnet worden. Damit ist es möglich, regelmäßig einkaufen zu gehen und den Bedarf an Lebensmitteln und weiteren wichtigen Gegenständen des täglichen Bedarfs zu decken. Niemand ist gezwungen, allein aufgrund der Corona-Pandemie Vorräte anzulegen, die über dasjenige hinausgehen, was in einem Haushalt auch sonst üblich ist.

Es ist nicht glaubhaft gemacht, dass sich der Antragsteller Grundnahrungsmittel nur zu höheren Preisen beschaffen kann, weil günstigere Produkte im Lebensmittelhandel aufgrund großer Nachfrage („Hamsterkäufe“) nicht mehr zu bekommen sind.

Sozialgericht Konstanz,
Beschluss vom 2. April 2020 – S 1 AS 560/20 ER

Sonntagsarbeitsverbot

KEINE AUSNAHME FÜR PAKETZUSTELLER

Das infolge der Coronavirus-Krise erhöhte Paketaufkommen rechtfertigt für Paketzusteller keine Ausnahme vom gesetzlichen Verbot, ArbeitnehmerInnen an Sonn- und Feiertagen zu beschäftigen.

Der Fall: Mehrere private Paketzustelldienste hatten für die Osterfeiertage eine Ausnahme vom Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen beantragt. Mit ihren Eilanträgen hatten sie unter Berufung auf das aktuell erhöhte Paketaufkommen und den hohen Krankenstand geltend gemacht, ohne Ausnahme trete ein Rückstau unerledigter Zustellungen ein, der nicht zeitnah abgebaut werden könne. Ihre Anträge hatten keinen Erfolg.

Das Verwaltungsgericht: Die Antragsteller haben nicht glaubhaft gemacht, dass ohne eine Ausnahme vom Beschäftigungsverbot schwere und unzumutbare Nachteile für sie eintreten könnten. Das Gesetz sieht eine Ausnahme zum einen für den Fall vor, dass die besonderen Verhältnisse dies zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens erforderten. Dieser Schaden müsse über die wirtschaftlichen Einbußen hinausgehen, die durch die allgemeine Betriebsruhe an Sonn- und Feiertagen ohnehin schon verursacht würden. Darüber hinaus fehlt es hier an einem öffentlichen Interesse. Denn trotz der Coronavirus-Pandemie gibt es keine Versorgungskrise.

Verwaltungsgericht Berlin,
Beschluss vom 9. April 2020 – VG 4 L 132/20 u.a.

Dienstfähigkeit

AMTSÄRZTLICHE UNTERSUCHUNG IST PFLICHT

Weigert sich ein Beamter einer rechtmäßigen Anordnung zur amtsärztlichen Untersuchung seiner Dienstfähigkeit nachzukommen, kann der Dienstherr ihn allein deswegen zur Ruhe setzen. Es bestehen keine anderen Möglichkeiten zur Feststellung der Dienstfähigkeit als mittels einer amtsärztlichen Untersuchung.

Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 26. Februar 2020 – 6 A 3273/19